Die Maske ist gefallen

Categories : Einleitung

Internationales Insolvenzrecht für Staaten

Die Katze ist aus dem Sack. Wie deutlich soll noch gesagt werden, was auf uns zukommt:

„Es sollte eine geordnete Insolvenz von Staaten geben, bei der die Gläubiger mit herangezogen werden“, sagte Bundeskanzlerin Angela Merkel am Abend des 3. Mai in einem ARD-Interview.

Das gefundene Synonym für

„Währungsreform“

lautet also

Anwendung des „Internationalen Insolvenzrechtes für Staaten“.

Nett zu wissen, daß man sich auf die Katastrophe des Kollapses vorbereitet und schon dabei ist, sich marketingtechnisch den Anschein zu geben, als wären die umherfliegenden Trümmer ein geordnetes Verfahren und etwas völlig Normales.

- „Banken werden dann nicht ungeschoren davon kommen“, sagte Frau Merkel in diesem Zusammenhang.
- „Die Vermögenden mit Geldern auf Bankkonten in der Eurozone werden schon gar nicht ungeschoren davonkommen“, das sagen wir an dieser Stelle und zum wiederholten Male. Und das gab Frau Merkel in dem Interview auch unumwunden zu als sie erklärte, die "Gläubiger der Staaten" sollen "mit herangezogen" werden.

Frau Merkel erklärte in dem ARD-Interview weiter, sie hielte die deutschen Notkredite an Griechenland für alternativlos. Grundlage dafür sei eine Notsituation gewesen. Griechenland habe faktisch keinen Zugang mehr zu den Finanzmärkten gehabt. Deshalb sei der Euro als Gemeinschaftswährung bedroht gewesen.

Was heißt das konkret:

1. Griechenland droht nicht nur die Pleite, Griechenland ist pleite. Die wenigen verbliebenen Staaten der EU, die überhaupt noch Gelder auftreiben können, sind faktisch nur noch Konkursverwalter Griechenlands.
2. Geht auch nur ein wirtschaftlich fast unbedeutendes Land der Eurozone wie Griechenland pleite, so ist der Euro insgesamt bedroht.

Somit scheint das Urteil über den Euro gesprochen. Denn ein in die Insolvenz schlitterndes Spanien ist zu groß, um finanziell gerettet werden zu können. Das träfe auch auf Italien zu.

Auch Finanzminister Schäuble will für Mitgliedsländer der Europäischen Union die bevorstehenden Staatspleiten im Rahmen eines „Insolvenzverfahrens für Staaten“ regeln. "Wir müssen uns überlegen, wie im Extremfall Mitgliedsländer in die geordnete Insolvenz gehen können“, sagte der CDU-Politiker der "Rheinischen Post". Die EU-Arbeitsgruppe zur Zukunft des Stabilitätspaktes müsse "eine Art Insolvenzverfahren für Staaten" schaffen. Eine schöne Zukunft, auf die die Politiker beginnen, ihre Staatsbürger vorzubereiten. Und wieder ein wunderschön klingender Begriff für deutsche Ohren:

Die geordnete Insolvenz.

Jeder weiß:

- Insolvenz = Pleite = Totalverust im Regelfall (± 10%),
- Insolvenzverfahren für Staaten = Staatspleite = Währungsreform = Totalverlust von Sparguthaben (± 10%).

Es ist also wie in der privaten Wirtschaft:

1. Vor der Pleite sagen die Leiter der Firma, es wäre alles in Ordnung;
2. nach Konkursertrag sagt der Konkursverwalter, es bestehe Hoffnung auf eine gute Quote;
3. am Ende des "geordneten Insolvenzverfahhrens" dann, die Gläubiger müßten selbst über die bescheidenste Quote noch glücklich sein.

Das alles steht näher bevor, als es sich die meisten Menschen vorstellen.

Nicht die Euro-Zone, wohl aber die Europäische Union als solche und das Weltfinanzsystem insgesamt werden in ganz naher Zukunft schwer getroffen werden vom

Zusammenbruch Großbritanniens und des Britischen Pfundes.

Die Probleme wurden bis zum Ende des Wahlkampfes unterdrückt.

Wie abgesprochen:

- Fast zeitlich parallel zu der Offenbarung von Frau Merkel im ARD-Interview erklärte der RBS-Chefstratege Bob Janjuah, sofort nach der Regierungsübernahme in Großbritannien durch die Tories sollte der Internationale Währungsfonds (IWF) um eine "Buchprüfung" gebeten werden. Er erhielt für diese Forderung viel Beifall von den Tories.

In Griechenland kamen die Fakten auch erst nach den Wahlen auf den Tisch.

Um Gottes Willen ganz schnell raus mit dem Geld aus Europa.

Video Regierungserklärung von Bundeskanzlerin Merkel vom 5. Mai:

Das Volk wird auf die kommende Krise eingestellt